

Interpellation Regula Tschanz (GB): Soll sich die Stadt Bern selber in den Sumpf stürzen?

Am 11. Juli 2015 berichtete die „Basler Zeitung“ im Artikel „Kanton Bern soll sich selber aus dem Sumpf ziehen“ über die Position diverser FDP-Gemeinderäte aus der Region Bern zum Nationalen Finanzausgleich NFA. An vorderster Front äusserte sich der Berner Finanzdirektor Alexandre Schmidt. Demnach sei der Kanton Bern „noch immer zu sehr dem Subventionsdenken“ verhaftet und der Zustand des Kantons Bern sei „selbstverursacht“. Weiter wird kritisiert, dass der „übertriebene Zentralismus unseres Kantons“ die Gemeinden lähme – dies notabene in einem Kanton mit 356 politischen Gemeinden und 26 Fachhochschulstandorten. Dass ein Mitglied der Stadtregierung diese Positionen öffentlich vertritt, wirft Fragen auf und steht im Widerspruch zu den bislang kommunizierten Zielsetzungen des Gemeinderats. So hat sich die Stadt Bern in aller Deutlichkeit für den Erhalt des Fachhochschuldepartements Wirtschaft, Gesundheit und Soziales in der Stadt Bern eingesetzt. Zudem ist die Stadt Bern eine der treibenden Kräfte hinter der Hauptstadtregion Schweiz. Mit seinem öffentlichen Auftritt erweist Alexandre Schmidt der Diskussion um die Fachhochschulstandorte und dem Vorantreiben der Debatte um Gemeindefusionen einen Bärendienst. Vor diesem Hintergrund bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Gemeinderat die Einschätzung, dass „der übertriebene Zentralismus unseres Kantons“ die Berner Gemeinden lähme? Wenn Ja, wo genau ortet der Gemeinderat den „übertriebenen Zentralismus“? Und wie verortet der Gemeinderat in diesem Kontext die Zentralisierungsbemühungen bei der Fachhochschule?
2. Wie beurteilt der Gemeinderat die Einschätzung, dass die vermehrte dezentrale Erfüllung von Aufgaben den Kanton Bern stärken könnte?
3. Eine Reduktion der Mittel aus dem NFA führte zu zusätzlichen Sparpaketen, welche die Gemeinden und namentlich die Stadt Bern treffen würden. Stehen die Äusserungen des Berner Finanzdirektors aus Sicht des Gemeinderats im Einklang mit den (finanziellen) Interessen der Stadt Bern?

Bern, 13. August 2015

Erstunterzeichnende: Regula Tschanz

Mitunterzeichnende: Franziska Grossenbacher, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Seraina Patzen, Katharina Gallizzi, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour, Regula Bühlmann

Antwort des Gemeinderats

Der durch die Interpellantin zitierte Artikel in der Basler Zeitung basiert auf einem Beitrag in der Parteizeitschrift Berner Freisinn, Ausgabe 2/2015. Sieben liberale Exekutivpolitiker aus der Region Bern skizzieren darin mögliche Strategien für eine Reduktion der Abhängigkeit des Kantons Bern vom nationalen Finanzausgleich. Dazu zählen die FDP-Gemeinderäte die Stärkung der wirtschaftlichen Zentren, Investitionen in den Bildungsstandort, den Einsatz strategischer kantonaler Landreserven, die Schaffung von Wohnraum an Toplagen durch Konzentration der Verwaltung und die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit durch Schaffung sinnvoller Gemeindegrossen. Der Gemeinderat nimmt an dieser Stelle keine Wertung des Artikels in der an FDP-Mitglieder adressierten Publikation vor.

Nach erfolgter telefonischer Kontaktaufnahme zum Direktor für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) hat ein Journalist der Basler Zeitung basierend auf dem Beitrag im Berner Freisinn einen Artikel verfasst, der gewisse Aussagen des Beitrags als direktes Zitat des Direktors FPI wiedergibt.

Der Gemeinderat versteht sich als Kollegialbehörde. Es steht jedem Mitglied des Gemeinderats frei, seine Meinung zu kantonalen oder eidgenössischen Themen zu äussern, solange nicht formelle Beschlüsse oder grundsätzliche städtische Interessen entgegenstehen. Der Artikel im Berner Freisinn startet bei Berns Stärke im Zeitpunkt der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, kritisiert den Trend, dass der Kanton Bern jährlich steigende Zahlungen aus dem nationalen Finanzausgleich erhält, weil die Abhängigkeit von Dritten für Liberale kein erträglicher Zustand sei und nennt die bereits erwähnten Rezepte für die Reduktion dieser Abhängigkeit. Der Gemeinderat sieht im Artikel und in den dem Direktor FPI zugeschriebenen Zitaten keinen Verstoss gegen städtische Positionen. Vielmehr hält er es für legitim, dass sich Kantonsbürgerinnen und Kantonsbürger Gedanken zur Stärkung des Kantons machen, zumal an den Kanton rund 2/3 der Kantons- und Gemeindesteuern abgeführt werden.

Zu Frage 1:

In der Föderalismusforschung ist die optimale Grösse einer Gebietskörperschaft für die Erfüllung einer Aufgabe ein breites Feld. Je komplexer eine Aufgabe ist, desto mehr Verwaltungskompetenz wird benötigt, was kleine Gemeinden überfordern kann. Je mehr Übertragungseffekte (Spill-Overs) in einem Aufgabengebiet bestehen, desto grösser ist die sinnvolle Gebietsgrösse zur Aufgabenerfüllung. Als weitere Erkenntnis aus der Forschung kann erwähnt werden, dass mit einer zentralisierten Aufgabenerfüllung tendenziell Bürgernähe und Innovationsfähigkeit ab- und Verwaltungskosten zunehmen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die steigende Komplexität der kommunalen Aufgaben ist es zentral, dass die Gemeinden im Kanton Bern über eine sinnvolle Grösse verfügen. Sind die Gemeinden zu klein, ergibt sich die Tendenz, eigentliche Gemeindeaufgaben auf den Kanton zu übertragen, womit der Einflussbereich der Gemeinden und ihre Bedeutung sinken. Die Stadt Bern als Gemeinde mit der grössten Bevölkerung und der grössten Wirtschaftskraft im Kanton verfügt mit der Stadtverwaltung über ganz andere Lösungs- und Handlungskapazitäten als eine Kleinstgemeinde mit wenigen Hundert Einwohnerinnen und Einwohnern. Wenn jedoch Aufgaben von den Gemeinden an den Kanton verschoben werden, erfolgt dies in der Regel für alle Gemeinden auf Kantonsgebiet, auch für die Stadt Bern. Die Aufgabenverlagerung von den Gemeinden an den Kanton kann nur gestoppt werden, wenn die eingeleiteten Strukturreformen zur Stärkung der Gemeinden intensiviert werden. Der Gemeinderat ist daher überzeugt, dass weitere Gemeindegemeinschaften nötig sind. Eine Beurteilung, ob vergangene Aufgabenverlagerungen zu übertriebenem Zentralismus führten oder nicht, nimmt der Gemeinderat nicht vor. Er kritisiert die im Kanton stattfindende Verschiebung von ursprünglichen Gemeindekompetenzen an den Kanton nicht per se, da diese auch die Tatsache widerspiegelt, dass viele Aufgaben, die früher auf lokaler Ebene gelöst werden konnten, heute auf regionaler Ebene gelöst werden müssen. Der Gemeinderat weist aber darauf hin, dass mit der erwähnten Abführung an den Kanton von rund 2/3 der Kantons- und Gemeindesteuern der Kanton Bern im Schweizerischen Vergleich als zentral geführter Kanton dasteht.

Die Zentralisierungsthematik ist in einem föderalen Kontext vertikal zwischen Gemeinden und dem Kanton zu verstehen. Die Frage der Zentralisierung der Fachhochschulstandorte hat damit nichts zu tun, weil die Festlegung von Fachhochschulstandorten eine kantonale Frage ist. Der Gemeinderat wiederholt an dieser Stelle seine Position, dass es im nationalen Bildungswettbewerb unabdingbar ist, im Kanton Bern über starke Fachhochschulen zu verfügen. Ein Mittel zur Stärkung der Bernischen Fachhochschulen sieht der Gemeinderat in deren Konzentration an möglichst wenigen, zentralen und sehr gut erschlossenen Standorten.

Zu Frage 2:

Wie in der Antwort auf Frage 1 ausgeführt, können unter anderem Bürgernähe, Innovationsfähigkeit und schlanke Verwaltungsapparate als positive Seiten des Föderalismus genannt werden. Würden die Berner Gemeinden gestärkt, könnte davon der Kanton als Ganzes profitieren, so die Argumentation von Befürwortenden eines starken Föderalismus. Dem Gemeinderat ist jedoch nicht bekannt, ob Studien existieren, die eine klare Korrelation zwischen hoher Gemeindeautonomie und wirtschaftlichem Erfolg eines einzelnen Kantons belegen würden. Er nimmt daher keine abschliessende Beurteilung der Frage vor.

Zu Frage 3:

Eine Reduktion der Mittel aus dem NFA würde ohne Zweifel auch die Gemeindefinanzen negativ beeinflussen. Bei kurzfristiger Betrachtung müsste sich daher der Kanton für möglichst hohe Transferzahlungen einsetzen. Für den Zusammenhalt der Schweiz ist es existentiell, dass ressourcenschwache Kantone durch starke Kantone unterstützt werden. Ebenso wichtig ist es jedoch, dass Nehmerkantone die zufließenden finanziellen Mittel nicht als natürlich gegeben betrachten, sondern sich bewusst sind, dass jedes Transfersystem seine Grenze in der Solidarität der Gebenden findet.

Bern, 11. November 2015

Der Gemeinderat